



Bundesministerium  
des Innern  
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Jan Korte  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 28. Juli 2022

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juli 2022**  
HIER Arbeitsnummer 7/335

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung

Rita Schwarzelühr-Sutter

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Jan Korte  
vom 25. Juli 2022  
(Monat Juli 2022, Arbeits-Nr. 7/335)

---

Frage:

*Welche Angriffe auf NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik hat es nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren gegeben?*

Antwort:

Im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPM-D-PMK) werden politisch motivierte Straftaten durch die zuständigen Landeskriminalämter an das Bundeskriminalamt übermittelt und in einer zentralen Fallzahlendatei erfasst. Ausgehend von den Motiven zur Tatbegehung und den Tatumständen werden politisch motivierte Taten durch die Länder sogenannten „Themenfeldern“ (u. a. dem Unterthemenfeld „Antisemitisch“ im Oberthemenfeld „Hasskriminalität“) zugeordnet sowie die erkennbaren ideologischen Hintergründe und Ursachen der Tatbegehung in einem staatschutzrelevanten Phänomenbereich abgebildet.

Darüber hinaus wird das Objekt (Ort, Sache, Institution, Veranstaltung oder Person), welches aufgrund der festgestellten oder sich aus dem Phänomenbereich und ggf. Themenfeld ergebenden Motivation heraus direkt und/oder inhaltlich angegriffen wurde, als Angriffsziel genannt.

Der Begriff „NS-Gedenkstätte“ stellt kein bundesweit abgestimmtes Angriffsziel im Katalog des KPM-D-PMK dar. Entsprechend ist eine automatisierte Auswertung nicht möglich. Alternativ wurde daher auf das Angriffsziel „Gedenkstätte“ zurückgegriffen. Demnach haben die deutschen Polizeibehörden in den vergangenen fünf Jahren 1.514 politisch motivierte Straftaten registriert, die sich gegen Gedenkstätten richten, darunter 856 Sachbeschädigungen und 393 Fälle des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Stand: 26. Juli 2022). Zwei Sachverhalte wurden als Gewaltdelikte klassifiziert: Dabei handelt es sich um einen Landfriedensbruch (PMK -links-) und eine Brandstiftung (PMK -nicht zuzuordnen-).

931 der insgesamt 1.514 Straftaten wurden im Phänomenbereich PMK -rechts- registriert, 376 im Phänomenbereich PMK -links-. Auf den Phänomenbereich PMK -

nicht zuzuordnen- entfallen 171 Sachverhalte. Im Phänomenbereich PMK -ausländische Ideologie- wurden 29 Straftaten erfasst, religiös motiviert waren sieben Straftaten.

Da die obige Fallzahlenaufstellung auch Fälle aus dem laufenden Jahr 2022 enthält, hat sie vorläufigen Charakter und ist durch etwaige Nach-/Änderungsmeldungen Veränderungen unterworfen.